



WWW.ECONSTOR.EU

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Heise, Arne

Working Paper

Keynesianismus, Sozialdemokratie und die Determinanten
eines Regierungs- und Politikwechsels: das Stabilitäts- und
Wachstumsgesetz von 1967 im Lichte der Agenda-Theorie

Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 19

Provided in cooperation with:

Universität Hamburg (UHH)

Suggested citation: Heise, Arne (2005) : Keynesianismus, Sozialdemokratie und die
Determinanten eines Regierungs- und Politikwechsels: das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz
von 1967 im Lichte der Agenda-Theorie, Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 19, <http://hdl.handle.net/10419/27087>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche,
räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts
beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen
der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu
vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die
erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use
the selected work free of charge, territorially unrestricted and
within the time limit of the term of the property rights according
to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
*By the first use of the selected work the user agrees and
declares to comply with these terms of use.*



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics



Nr 19

**Keynesianismus, Sozialdemokratie und die
Determinanten eines Regierungs- und Politikwechsels**

**Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 im Lichte der
Agenda-Theorie**

von

Arne Heise

August 2006
ISSN: 1613-7000

Die Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT/ Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE werden in unregelmäßiger Folge von der Professur ‚Wirtschaftspolitik und Economic Governance‘ am Department Wirtschaft und Politik der UNIVERSITÄT HAMBURG ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben:

Prof. Dr. Arne Heise
Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Department Wirtschaft und Politik
Von-Melle-Park 9

D-20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de

Das Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm

Zitierweise:

Autor (Jahr), Titel, *Arbeitspapiere für Staatswissenschaften* Nr. X, Department für Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg

Citation:

Author (Year), Title, *Working Papers on Economic Governance* No. X, Department of Economic s and Political Science at Hamburg University

Keynesianismus, Sozialdemokratie und die Determinanten eines Regierungs- und Politikwechsels

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 im Lichte der Agenda-Theorie*

von Arne Heise, Department Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg

1. Ökonomische Theorien und ihre Wirkungsmacht – zur Fragestellung der Arbeit

„..., the ideas of economists and political philosophers, both when they are right and when they are wrong, are more powerful than is commonly understood. Indeed the world is ruled by little else. ... I am sure that the power of vested interests is vastly exaggerated compared with the gradual encroachment of ideas.” Mit dieser Bemerkung am Ende seines Hauptwerkes, der ‘General Theory’ (Keynes 1936: 383), bringt John Maynard Keynes nicht nur seine – selbst von engen Vertrauten (vgl. Robinson 1976) gelegentlich als etwas naiv dargestellte – Hoffnung in die Kraft des rationalen Arguments und der wegweisenden Idee zum Ausdruck, sondern scheint den Siegeszug der aus seinem Werke abgeleiteten Wirtschaftspolitik – zusammenfassend als ‚Keynesianismus‘¹ bekannt – in der Nachkriegszeit vorwegzunehmen (vgl. z.B. Hall 1989a).

In der Bundesrepublik kann das am 8. Juni 1967 in Kraft getretene ‚Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft‘ (StabG) als „die umfassende gesetzliche Kodifizierung des Keynesianismus“ (Ambrosius 1989: 61f.)² verstanden werden. Bis heute ist der Name Karl Schiller untrennbar mit dieser spezifisch deutschen Variante des Keynesianismus verbunden: Er war der für die Vorlage des Gesetzes zuständige Fachminister, er war der Erfinder des marketingträchtigen Etiketts ‚Globalsteuerung‘, er war aber auch an der Rezeption des Keynesianismus in der deutschen Wissenschaft, vor allem aber in der deutschen Sozialdemokratie maßgeblich beteiligt. Mit Schiller wird das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zum Vehikel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, oder wie es Harald Mattfeldt (1985: 20) formulierte: „Globalsteuerung ist die Quintessenz des Keynesianismus, Globalsteuerung ist sozialdemokratisch, damit ist Keynesianismus sozialdemokratisch ...“³

Obwohl die jüngere Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik im Allgemeinen recht gut beforscht ist⁴ und einerseits das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz im Besonderen und andererseits auch die Kointegration von Keynesianismus und Sozialdemokratie einige

* Mein Dank für ausführliche Kommentierung und Hinweise geht an Jürgen Kromphardt und Alexander Nützenadel. Selbstverständlich bleiben Fehler allein mir anzulasten.

¹ ‚Keynesianismus‘ scheint allein als Bezeichnung besser geeignet als z.B. ‚Keynessche Wirtschaftspolitik‘, weil sich erstaunlicherweise in der ‚General Theory‘ nur wenig explizit wirtschaftspolitische Aussagen finden; es ist in erster Linie ein wirtschaftstheoretisches Buch. Die wirtschaftspolitische Konzeption, die als ‚Keynesianismus‘ oder ‚Nachfragepolitik‘ bekannt ist, geht im Wesentlichen auf die Interpretation der ‚General Theory‘ durch John Hicks, Alvin Hansen und Paul Samuelson zurück; vgl. z.B. Heise (2005: 107ff.).

² „Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der großen Koalition entspricht wirtschaftstheoretisch dem Keynesianismus und politisch der Hybris des Glaubens an die Allmacht des Staates“ (Kaltefleiter 1996: 322).

³ Übrigens lässt sich die Verbindung von Keynesianismus und Sozialdemokratie (bzw. arbeitnehmerorientierte Partei) fast überall finden, wo keynesianische Politik betrieben wurde; vgl. Hall (1989b: 376ff.).

⁴ Genannt seien nur Abelshauser (2004), Altvater/Hoffmann/Semmler (1979), Giersch/Schmieding/Paqué (1992), Deutsche Bundesbank (1998), Nützenadel (2005).

Aufmerksamkeit erhielt, ist doch weder eine einheitliche Bewertung der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des StabG feststellbar, noch bisher ein systematischer, gleichwohl reflexiver Zusammenhang zwischen Keynesianismus, StabG und der Sozialdemokratie als Regierungspartei herausgearbeitet worden. Einerseits wird die Verabschiedung des StabG als Ausdruck eines tatsächlichen Paradigmenwechsels in der Wirtschaftspolitik gesehen (vgl. z.B. Oberender 1989; Schlecht 1989; Görtemaker 1999: 450), andere Stimmen hingegen sehen es vielmehr als das Ergebnis eines breit getragenen Bewusstseinswandels in Wissenschaft, Politikberatung und Politik – also quasi eine zwangsläufige Entwicklung im Sinne der Keynesischen Aufklärung (vgl. z.B. Polster/Voy 1991)⁵. Und auch in der Bewertung der Wirkungsgeschichte des StabG sind die Kommentatoren uneins: Überwiegend wird dem StabG eher geringe Wirkung beigemessen und auf die Veränderung der wirtschaftspolitischen Problemlagen seit den 1970er Jahren (Struktur- statt Konjunkturprobleme) verwiesen (vgl. z.B. Beyfuss 1977, Welsch 1980), andererseits wird bestritten, dass überhaupt eine konsequente Umsetzung keynesianischer Wirtschaftspolitik nach dem StabG stattgefunden hat (vgl. Held 1985, Mattfeldt 1985, Vesper 1980) bzw. betont, dass sie bereits frühzeitig zugunsten einer angebotspolitischen Orientierung aufgegeben wurde (vgl. Zinn 1983, Hoffmann 1985). Und schließlich ist die Verbindung von Keynesianismus und (deutscher) Sozialdemokratie zwar ebenfalls umfangreich beleuchtet, doch steht dabei zumeist die programmatische Abkehr vom Marxismus im Godesberger Programm (z.B. Held 1982, Przeworski 1985: 32) oder die Krise der Sozialdemokratie als Folge der Krise des Keynesianismus (vgl. z.B. Kesselman 1996, Hoffmann 1985, Scharpf 1987) im Mittelpunkt, nicht aber die Frage, ob der ‚kodifizierte Keynesianismus‘⁶ gleichermaßen Ergebnis wie Determinante des wahlpolitischen Erfolgs der Sozialdemokratie in den späten 1960er Jahren war.

Im Folgenden soll versucht werden, eine Antwort auf die selten gestellte Frage zu finden, unter welchen Bedingungen ein wirtschaftspolitisches Handlungssystem wirkungsmächtig werden kann oder genauer: Was verschaffte sozialdemokratischer, ergo: keynesianischer Wirtschaftspolitik Ende der 1960er Jahre zum Durchbruch und wie genau ist das Verhältnis von sozialdemokratischer Regierungsfähigkeit und keynesianischer Politikkonzeption zu begreifen? Hall (1989c: 8ff.) bietet drei Einflusskanäle der Wirkungsmacht von Ideen: einen Ökonomen zentrierten, einen Bürokraten zentrierten und einen koalitionszentrierten. Mit dem Ökonomen zentrierten Kanal ist die Vorstellung verbunden, die Akzeptanz und Diffusion theoretischer Entwicklungen in der Ökonomenzunft wirkt sich früher oder später mittels Politikberatung auf die tatsächlich betriebene Wirtschaftspolitik aus – etwa dem technischen Fortschritt in der materiellen Produktion vergleichbar.⁷ Der Bürokraten zentrierte Kanal sieht als wesentliche Akteure die Handlungsträger in der staatlichen Bürokratie, die letztlich theoretische Erkenntnisse und daraus abgeleitete wirtschaftspolitische Vorstellungen in praktische Politik umzusetzen haben. Beide Ansätze scheinen Keynes' Verständnis und seiner Einschränkung der Bedeutung von Interessen zu entsprechen, können aber kaum die Kontextualität erfassen, deren heuristischer Rahmen zweifellos mehrdimensionaler ausfallen muss: Politische Entscheidungsprozesse im Allgemeinen kennen neben einer inhaltlichen (Policy-Ebene) und einer instrumentellen (Polity-Ebene) immer auch eine

⁵ Und Ruck (2000: 385) konstatiert dem StabG gleichermaßen die Wahrung der Kontinuität der deutschen Wirtschaftspolitik wie einen ‚Paradigmenwechsel‘ – letzteren sieht er aber nur in der symbolpolitischen Vermarktung der Wirtschaftspolitik durch Karl Schiller.

⁶ Damit soll in der Fokussierung dieses Artikels vor allem das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gemeint sein, es kann aber auch weiter gefasst werden im Sinne eines ‚institutionalisierten Keynesianismus‘: Globalsteuerung plus ausgebauter und umverteilender Wohlfahrtsstaat (vgl. z.B. Schmidt 1998: 43f.).

⁷ Vgl. dazu die umfangreichen Ausführungen bei Nützenadel (2005: 123ff.), der ‚die Stunde der Ökonomen‘ beschreibt. Karl Schiller beschreibt in seinem ‚Der Ökonom und die Gesellschaft‘ entsprechende Wirkungskanäle als Voraussetzung rationaler Wirtschaftspolitik; vgl. Schiller (1955).

interessenverpflichtete und gesellschaftsgebundene Perspektive (Politics-Ebene), weshalb sollte dies bei der Formulierung und Durchsetzung von Wirtschaftspolitik im Besonderen anders sein? Auch Wirtschaftspolitik kann natürlich nicht als neutraler Instrumentenkasten einer funktional agierenden, benevolenten Regierung verstanden werden⁸, sondern basiert auf möglicherweise sehr unterschiedlichen Realitätskonstruktionen und Zielvorstellungen, deren Formulierung immer einen Interessenkompromiss⁹ beinhaltet.

Deshalb soll hier eine polit-ökonomische Methode Verwendung finden, die Halls dritten – den koalitionszentrierten – Einflusskanal aufgreift: „It emphasizes that policies must mobilize support among broad coalitions of economic groups on whose votes and goodwill elected politicians ultimately depend“ (Hall 1989c: 12). Wirkungsmacht kann also nur jene wirtschaftspolitische Konzeption erlangen, die von politischen Akteuren aufgegriffen wird, die sich dadurch versprechen, Regierungsämter zu erlangen und dies letztlich auch realisieren können. Obwohl Wirtschaftspolitik gewiss eine zentrale Stellung bei der materiellen Bedürfnisbefriedigung der Wähler und damit für deren Wahlentscheidung spielt, soll hier natürlich nicht behauptet werden, dass Wirtschaftspolitik die alleinige oder auch nur immer die wesentliche Determinante von Wahlentscheidungen ist – dafür ist der ‚politische Markt‘ viel zu facettenreich und die politischen Agenden immer wieder auch von anderen drängenden Problemstellungen wie z.B. ‚Frieden‘ oder ‚innere Sicherheit‘ bestimmt. Polit-ökonomische Modelle gehen – im Sinne des Reduktionismus der Ökonomik – gleichwohl davon aus, dass wirtschaftspolitische Fragestellungen unter den Bedingungen von nicht-plebiszitären Mehrheitsdemokratien gewöhnlich entscheidenden Anteil an der Präferenzbildung der Wähler haben (vgl. z.B. Kaltefleiter 1996). Aufgrund vielfacher Konsistenzprobleme (vgl. z.B. Heise 2004: 70ff.; Galbraith 1989) soll hier aber nicht das traditionelle ‚Rational (bzw. Public) Choice-Modell‘ verwendet werden, sondern ein neokonstruktivistisches Agenda-Modell (vgl. Heise 2004; Heise 2005: 260ff.), in dem Wahlentscheidungen im Umfeld von Ideen, Institutionen und Ideologien kontextualisiert werden können.

Im nächsten Abschnitt soll zunächst einmal in angemessener Länge das Agenda-Modell dargestellt und einige forschungsleitende Hypothesen abgeleitet werden. Danach wird die Entwicklungsgeschichte des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes in einen partei- und wirtschaftshistorischen Zusammenhang gestellt und schließlich auf dem Analyserahmen des Agenda-Modells interpretiert.

2. Wirtschaftspolitik im gesellschaftlichen Kontext: Das Agenda-Modell

So banal es klingen mag, aber eine bestimmte (in diesem Falle: keynesianische) Wirtschaftspolitik kann nur wirkungsmächtig werden, wenn es einen politischen Akteur gibt, der sich einer entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzeption verschreibt, bereit ist, diese im Falle der Regierungsübernahme bzw. –beteiligung umzusetzen und, als grundlegende Voraussetzung, genau dafür schließlich gewählt wird. Damit entstehen Kontextualität und Reflexivität, die wirtschaftspolitische Konzeptionen im Wettstreit der Parteien zu entscheidenden Determinanten von Wahlerfolgen bzw. –mißerfolgen machen können und gleichsam Wahlausgänge darüber entscheiden, ob und welche Wirtschaftspolitik schließlich

⁸ Ein solches Verständnis wird von Frey/Kirchgässner (2002: 331ff.) als ‚technokratisch-elitäre Theorie der Wirtschaftspolitik‘ bezeichnet und zu recht kritisiert: „Eine technokratisch-elitäre Planung ist notwendigerweise suboptimal, soweit sie die rationalen Reaktionen der nicht-staatlichen Entscheidungsträger nicht berücksichtigt“ (Frey/Kirchgässner (2002: 337).

⁹ Nur unter der völlig unrealistischen Annahme einer homogenen Gesellschaft ließe sich eine gesellschaftliche Zielfunktion bestimmen, die sich durch simple Aggregation erzeugen ließe; vgl. Arrow (1963).

umgesetzt wird.¹⁰ Wirtschaftspolitik muss also in einen polit-ökonomischen Zusammenhang gestellt werden, der im Folgenden ausgeführt werden soll.

2.1 Das Grundmodell

Das **Agenda-Modell der Politischen Ökonomie** geht von der Annahme an Eigeninteresse orientierter Teilnehmer am ‚politischen Markt‘ (also Parteien und Wähler) aus, unterstellt aber gleichzeitig, dass Wähler nur über unvollständige Informationen verfügen und deshalb auch allenfalls ‚beschränkt rational‘ wählen können. Vor diesem Hintergrund werden Ideologien (also positive Gesellschaftsvisionen) zu unverzichtbaren Entscheidungsstützen in einer komplexen Umwelt. Ideologien bieten **Interpretationsmuster** in einer zunehmend unübersichtlichen Welt an. Parteien sind dann auch nicht bloß ‚Dienstleistungsunternehmen‘, die ohne eigene Weltvorstellung – quasi als ‚black box‘, die mit den Präferenzen des üblicherweise als entscheidend unterstellten Median-Wählers¹¹ gefüllt werden kann –, ihre politischen Angebote unterbreiten, sondern Ideologieproduzenten, die durch klare ‚Markenprägung‘ dauerhafte Bindungsfähigkeit (Stammwähler) und Stimmenmaximierung gleichermaßen anstreben. Schließlich können die Präferenzen der Wähler unter diesen Bedingungen nicht als exogen gegeben angenommen und reines ‚pocketbook voting‘ weder als realistisches, noch als allgemeingültiges Verhalten unterstellt werden.

Das Wahlverhalten der Bürger hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren – soziostruktureller Prägung (Millieus, die Parteiloyalitäten schaffen), Qualifikation und Informationsverarbeitungskapazität¹², einem kurzfristig als gegeben anzusehenden gesellschaftlich-hegemonialen Leitbild (Makro-Klima) und kurzfristig wandlungsfähiger, dominanter (wirtschafts-)politischer Paradigmen – ab, die in ihrer Gewichtung und Ausprägung selbstverständlich über die Zeit veränderlich sein können und individuell sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Je geringer die Qualifikation und Informationsverarbeitungskapazität des einzelnen Wählers, desto größer die Abhängigkeit von Ideologien oder anderen prägenden Handlungsrationalen (z.B. Parteiloyalitäten und -identifikationen).

Unter diesen Bedingungen verliert nun der Median-Wähler an Prägekraft zugunsten des **Partei-Median-Wählers**. Dazu brauchen wir nur anzunehmen, dass sich hinter der zumeist unterstellten unimodalen Wählerverteilung eine klare ideologische Differenzierung (Lagerbildung) mit weitgehend abgeschotteter Wählerschaft verbirgt.¹³ Nun ist die zentripetale Tendenz der Parteiprogramme in Richtung Median-Wähler keineswegs gesichert,

¹⁰ Natürlich kann nicht ohne weiteres unterstellt werden, dass eine angekündigte Wirtschaftspolitik im Wahlergebnis auch tatsächlich umgesetzt wird, denn es mag einerseits Rücksichtnahmen auf Koalitionspartner geben, bewusstes Fehlverhalten oder auch Obstruktionsverhalten der Bürokratie (vgl. z.B. Evans/ Rüchemeyer/Skocpol 1985). Gegenstand dieser Arbeit ist aber nicht die Umsetzung im engen Sinne, sondern die Evolution einer wirtschaftspolitischen Konzeption bis zur Regierungspolitik.

¹¹ Der Median-Wähler ist jener Wähler, der im nach Links- und Rechts-Orientierung differenzierten Elektorat genauso viele Wähler links von sich hat wie rechts. In der dominanten, hier aber nicht verfolgten ‚Neuen Politischen Ökonomie‘ (Public Choice-Theorie) muss sich der wirtschaftspolitische Akteur nach den Präferenzen des Median-Wählers ausrichten: „Trotz eigennützigem Politikersorgt das Konkurrenzprinzip, der Kampf um die Stimmen – durch die ‚List der Demokratie‘ (...) – dann für eine ‚optimale‘ Politik“ (Teichmann 2001: 168).

¹² Qualifikation und Informationsverarbeitungskapazität sind nur Proxi für die Grundvoraussetzung des rationalen Umgangs mit der politischen Wahlentscheidung. Es soll auf keinen Fall behauptet werden, dass höher qualifizierte Menschen ‚bessere‘ Wahlentscheidungen treffen als weniger qualifizierte Menschen.

¹³ Tatsächlich finden typischerweise Wählerwanderungen in deutlich stärkerem Ausmaß zwischen den Parteien eines Lagers oder zwischen den Parteien und dem Nicht-Wähler-Lager statt als zwischen den Parteilagern (vgl. SPIEGEL 2005; Vester 2005: 15).

denn jede ideologische Standortveränderung einer Partei hin zum Median- und weg vom Partei-Median-Wähler (Stammwähler) läuft Gefahr, mehr Stimmen zu kosten als zu bringen. Dies hängt allerdings wesentlich vom quantitativen Verhältnis von Stamm- zu Wechselwählern einerseits und der ‚Mobilität‘¹⁴ des Stammwählers ab. Je höher die Mobilität des Stammwählers ist – was bei machtorientierten Stammwählern (‚Kanzlerwahlverein‘) eher angenommen werden darf, als bei sachorientierten Stammwählern –, desto geringer die Gefahr des übermäßigen Stimmverlustes und desto größer folglich die Prägekraft des Median-Wählers.

In einer Welt, in der die Wahlentscheidungen der Individuen hochgradig von der Fähigkeit der Parteien bestimmt werden, ihre Politik – und dies impliziert ideologische Visionen (Welt- und Leitbilder) gleichermaßen wie Handlungsprogramme mittlerer Reichweite (für das politische Tagesgeschäft) – zu vermarkten, also zu einer langfristige Bindungen schaffenden ‚Marke‘ zu machen, kommt der Kommunikation und, insbesondere, den Kommunikationsmedien eine ganz besondere Bedeutung zu. Medien stellen dabei keine ‚neutralen‘ Vermittler zwischen den Parteien und dem Wähler dar, sondern filtern und formen in wesentlichem Maße die Informationen und ideologischen Positionen, die sie nach verschiedenen Gesichtspunkten transportieren.¹⁵

In Tabelle 1 sind die verschiedenen Kommunikationsebenen schematisch zusammengestellt (vgl. Sarcinelli/Schatz 2002): Die Medien übernehmen dabei den Prozess des ‚**Agenda-Settings**‘, d.h. sie kommunizieren Politikagenden (Themen, Inhalte, Wertungen) an die Wähler, und das **Policy-Agenda-Setting**, d.h. sie informieren die politischen Parteien über die ‚öffentliche Meinung‘. Den Parteien bleibt nur das **Agenda-Building**, also der Versuch, bestimmte Themen und deren Formung (vgl. 2.2) auf die Liste der Themen zu bekommen, denen sich die Medien als Agenda-Setter annehmen, und Interpretationsangebote zu unterbreiten. Im **Policy-Agenda-Building-Prozess** muss die politische Partei wiederum ihr Ohr an den Wähler halten; hier nun wird der gesamte Prozess reflexiv, denn die Policy-Orientierung der Wähler wird wiederum wesentlich durch das mediale Agenda-Setting bestimmt.

Tabelle 1: Interaktion von Medien, Parteien und Wählern

Wirkungsrichtung	Prozess
Parteien → Medien	Agenda-Building
Medien → Parteien	Policy-Agenda-Setting
Medien → Wähler	Agenda-Setting
Wähler (Lobbies) → Parteien	Policy-Agenda-Building

Die zentrale Rolle der Medien – gelegentlich wird bereits von Mediokratie gesprochen (z.B. Meyer 2001) – wird nun offensichtlich (sie sind in 3 von 4 Prozessen beteiligt), zumal die politischen Parteien faktischen keinen eigenen, ungefilterten Zugang zu den Wählern mehr haben, bzw. der Wähler fast keine Gelegenheit hat, sich Informationen ‚aus erster Hand‘ zu beschaffen. Die zentrale Rolle der Medien zwingt aber auch der (Wirtschafts-)Politik eine Unterordnung auf, die bereits als ‚Kolonisierung‘ beschrieben wird und den Agenda-Setting- wie Agenda-Building-Prozess zu einer Art ‚Politainment‘ (vgl. Dörner 2001) macht. Damit

¹⁴ Unter ‚Mobilität‘ soll hier die ideologische Flexibilität innerhalb einer Parteiprägung verstanden werden.

¹⁵ Ideologische Grundposition (dies gilt wesentlich für Partei- oder religiös gebundene Medien), Ökonomisches Interesse (der Medien als Unternehmen, aber auch der Medien als Inszenierungsagenturen, die Kunden suchen), Ideologische Grundposition der Medieneliten

werden besondere Anforderungen an (Wirtschafts-)Politik gestellt, die jenseits jeder ökonomischen Zweckrationalität liegen:

- Inszenierungspotential der Politikinhalte (Symbole, Neuigkeitswert, etc.)
- Inszenierungsfähigkeit der politischen Eliten (Promotoren)
- Kampagnefähigkeit der politischen Partei als Organisation

Es rücken nun die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blickpunkt, unter denen der medial gesteuerte Agenda-Building- und Agenda-Setting-Prozess abläuft: Gesellschaftlich-hegemoniale Leit- bzw. Weltbilder (Makro-Klima) wie Kollektivismus oder Individualismus, Markt- oder Staatskepsis, Solidarität oder Wettbewerbsorientierung müssen für den an Wahlzyklen orientierten Politikprozess zunächst als gegeben vorausgesetzt werden. Das **Makro-Klima** stellt so etwas wie einen Wahrnehmungsfilter dar. Daneben existieren dominante ‚Themenrahmungen‘ bzw. Policy-Programme – **Mikro-Klima** – wie Angebots- oder Nachfragepolitik, Preis- oder Konjunkturstabilisierung, Defizit-spending oder Null-Defizit, an deren Formung die Medien wesentlich beteiligt sind. Zwischen Mikro- und Makro-Klima bestehen zwar klar erkennbare Bezüge innerer Konsistenz, doch keine direkten Abhängigkeiten.

2.2 Das Framing-Konzept der Wirtschaftspolitik

In der Agenda-Theorie spielten zwei Begriffe eine besondere Rolle, deren genaue Bedeutung herausgestellt werden soll: das Makro-Klima und das Mikro-Klima. Als **Makro-Klima** hatte wir dominante Welt- und Leitbilder definiert, die als ‚political constraint‘ einen kurzfristig gegebenen Wahrnehmungsrahmen beschreiben, als **Mikro-Klima** wurde die wesentlich medial erzeugte ‚öffentliche Meinung‘, herrschende bzw. hegemoniale Policy-Programme umschrieben, die den Agenda-Setting-Prozess ausmachen. Das **Framing-Konzept** kann uns nun etwas Einblick gewähren in diesen Teil des wirtschaftspolitischen Marketings zwischen Agenda-Building und Agenda-Setting.

Unter ‚Framing‘ wird die „Vereinfachung komplexer Strukturen und deren Zuspitzung zu Entscheidungsalternativen“ (vgl. Seibel 2002: 225) oder eine „allgemeine(n) Konstruktion von Zuständen, Prozessen und Bewertungen einer gedachten konstruierten Realität“ (Ebert 2001: 251) verstanden. Das ‚Framing‘ ist also ein **Kommunikationsprozess**, der in einer unübersichtlichen, komplexen Welt (überbordende Informationsangebote bei begrenzter Verarbeitungskapazität) zwischen dem Auftreten von (ökonomischen) Problemen und deren (wirtschaftspolitischer) Bekämpfung die Problemwahrnehmung, die Probleminterpretation (auf der Policy-Ebene), die Instrumenten-Vermittlung und die Inszenierung stellt. Gewöhnlich werden nun verschiedene Frametypen als verschiedene, aufeinander aufbauende Vorstrukturierungen der konstruierten Realität differenziert:

Frametype I: Dies meint (wirtschafts-)politische Konzeptionen als Grundlinien der Realitätsinterpretation, wie sie sich aus dem Regierungshandeln direkt ergeben bzw. in deren Rahmen wir Regierungshandeln wahrnehmen.

Frametype II: Die handelnden Akteure – politische Parteien, deren Repräsentanten oder auch Verbände (Lobbies) – versuchen Interpretationssicherheit durch ideologische Differenzierungen, Wertprägungen etc. zu erreichen. Indem sie Konnotationen schaffen, leisten sie sich ein ‚Markenimage‘, dass in dem ‚Vertrauensmarkt‘ Politik Bindungen schafft.

Frametype III: Hierbei handelt es sich um die großen, gesellschaftlichen Grundwertvorstellungen, über die – zumindest im kurz- bis mittelfristig orientierten Politikprozess – nur selten explizit gesprochen wird, sondern über die es unausgesprochene Vorverständigungen gibt.

Der metakulturelle Frametype III bestimmt weitgehend das Makro-Klima, der Frametype II bestimmt die ideologische Verortung (und Vermarktung) der politischen Parteien – auch dieser Frametype zeigt ebenfalls großes Beharrungsvermögen, da eine ideologisch schwankende Partei wenig Interpretationssicherheit bieten kann und deshalb kaum Vertrauen wird gewinnen können. Allerdings können sich die Frametypen II mittel- bis langfristig durchaus verändern, wenn beispielsweise der Frametype III eine Wandlung der gesellschaftlichen Werte und Orientierungen festhält. Der Frametype I schließlich bestimmt den Wahrnehmungsrahmen, in dem (Wirtschafts-)Politik stattfindet bzw. nur handlungsmächtig werden kann. Er beschreibt so etwas wie die Bildung eines ‚Common sense‘ als Interpretationsschema und Handlungsrational. In Erweiterung des Agenda-Building-Prozesses kommt es also nicht nur darauf an, wirtschaftspolitische Probleme zu identifizieren und zu adressieren – also auf die politische Agenda (‚worüber man spricht‘ und wofür Lösungen erwartet werden) zu bringen –, sondern auch die Problemwahrnehmung zu formen (bzw. rahmen = framing) und damit Lösungsansätze und Frametypen II zu präjudizieren.

2.3 Kritische Bewertung

Die Agenda-Theorie der politischen Ökonomie durchtrennt weitgehend das Band zwischen zweckrationaler Policy-Orientierung und interessen- bzw. gesellschaftsgebundener Realität der (Wirtschafts-)Politik. Allerdings ist es nicht die Kommunikations- und Steuerungsunfähigkeit autopoietischer Subsysteme wie in der Luhmann’schen Systemtheorie, sondern die Kommunikations- und Inszenierungsmacht (Symbolpolitik; vgl. Edelman 1976) der Massenmedien, die diese Einsicht erzwingt. Deshalb wird hier auch nicht die grundsätzliche Steuerungsfähigkeit oder Steuerungsnotwendigkeit bestritten, sondern die Steuerungswilligkeit des (wirtschafts-)politischen Akteurs im Sinne einer zweckrationalen Orientierung (‚Gemeinwohl‘).

Das wesentliche Problem des Agenda-Ansatzes der Politischen Ökonomie liegt darin, dass es keine präskriptive Theorie zu liefern vermag, die klare Wahl(ausgangs-)prognosen oder Policy-Prognosen machen könnte. Es gelingt ihm deshalb allenfalls tentative Aussagen und wahltaktische Perspektiven zu liefern.¹⁶ Damit ist er aber dennoch durchaus in der Lage, interessante Einsichten darüber zu liefern, inwieweit (wirtschafts-)politische Handlungsprogramme tatsächlich politik- bzw. wirkungsmächtig werden: Dies hängt wesentlich ab

- von der Passgenauigkeit der wirtschaftspolitischen Politikprogramme (Frametype II) in die vorherrschenden Welt- bzw. Leitbilder (Frametype III) und dominanten Realitätsinterpretationen (Frametype I).
- vom ‚Leadership‘-Potential der Politikakteure und Parteiorganisation, dass sich u.a. in deren Inszenierungsfähigkeit zeigt.

¹⁶ Das allerdings entspricht den üblichen Anforderungen, die an Analysen des Wählerverhaltens bestenfalls gestellt werden können und z.B. in der Standardreferenz zur Sozialdemokratie (Kitschelt 1994) auch nur eingelöst werden kann.

3. Die kurze Historie des Keynesianismus in Deutschland: Entwicklungsgeschichte des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ...

Bevor wir uns der kurzen Geschichte des Keynesianismus¹⁷ in Deutschland zuwenden wollen, muss darauf verwiesen werden, dass mit Keynesianismus nicht lediglich ein mehr oder weniger konkret beschreibbares Instrumentarium der Wirtschaftspolitik gemeint ist, sondern eine bestimmte Realitätsinterpretation (vgl. Hall 1989b: 362): (1) Er verwirft die tradierte Vorstellung einer sich selbst stabilisierenden Wirtschaft, in der nach Eigennutz strebende Individuen durch dezentrale Marktkoordination gesamtwirtschaftlich optimale Ergebnisse erzwingen. Damit tritt der Keynesianismus nicht nur fundamental in einen Gegensatz zum Neo- oder Ordoliberalismus, er bereitet auch die theoretische Grundlage für ein neues Staatsverständnis vor: (2) Der Staat in seiner Rolle als wirtschaftspolitischer Akteur ist nicht länger Nachwächter bzw. bloß Ermöglicher, sondern er muss die pluralen Interessen heterogener Gesellschaften zu (wirtschaftspolitischen) Zielen bzw. Zielbündel aggregieren und Zielkonflikte minimieren (gewöhnlich im Rahmen des so genannten ‚magischen Vierecks‘), um dann durch aktive Marktteilnahme nach deren Verwirklichung zu streben. (3) Hieraus schließlich ergibt sich jenes spezifische instrumentelle Design – nachfrageorientierte Globalsteuerung, Unsicherheit reduzierende Institutionenbildung und erwartungsstabilisierende Verhaltensabstimmung (vgl. Heise 2005: 77ff.), die zeitgenössisch als ‚Vollbeschäftigungspolitik‘ bezeichnet wurden –, dass in seinen konjunkturpolitischen Einzelteilen (z.B. temporäre geldpolitische Eingriffe oder infrastrukturelle Staatsausgaben) durchaus mit moderaten Varianten des Neo- bzw. Ordoliberalismus vereinbar erscheint und deshalb, bei Vernachlässigung der paradigmatischen Unterschiede, gelegentlich zu Interpretationsunsicherheiten führt. So kann beispielsweise die konjunkturpolitische Diskussion seit Anfang der 1960er Jahre im personell von ordoliberalen Ökonomen um Alfred Müller-Armack dominierten Bundeswirtschaftsministerium keineswegs als Hinweis auf das Eindringen keynesianischer Gedanken gedeutet werden – und auch der seit 1964 vorliegende Referenten- und spätere Gesetzesentwurf eines ‚Stabilitätsgesetzes‘ der CDU/CSU-FDP-Regierung unter Kanzler Ludwig Erhard (vgl. z.B. Altmann 2004: 38) entspringt nicht, wie man bei großer Namensähnlichkeit meinen könnte, dem sich andeutenden Siegeszug des Keynesianismus, sondern ist ein durch und durch ordoliberaler Entwurf, der ‚Vollbeschäftigungspolitik‘ ausdrücklich ablehnt: Geradezu antagonistisch wird der Erhardsche Entwurf des Stabilitätsgesetzes auch als ‚Bremsgesetz‘, das später verabschiedete Schillersche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz hingegen als ‚Wachstumsgesetz‘ bezeichnet (vgl. Nützenadel 2005: 309).^{18,19}

Der Keynesianismus steht also im Gegensatz zum Wirtschafts- und Gesellschaftsverständnis des Neo- bzw. Ordoliberalismus, er kann aber genauso scharf vom Marxismus abgegrenzt werden: Mit dem Neo- bzw. Ordoliberalismus teilt er die Betonung individueller Entscheidungsfreiheit im Rahmen marktlicher Koordination, ohne deren Selbstregulierungsversprechen zu akzeptieren. Mit dem Marxismus teilt er die Betonung der Krisenhaftigkeit unregulierter Marktprozesse, ohne aber dessen Untergangspessimismus zu

¹⁷ Obwohl das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz noch heute in Kraft ist, geht die überwiegende Mehrheit der Wirtschafts- und Zeithistoriker davon aus, dass eine Wirtschaftspolitik keynesianischer Provenienz – wenn überhaupt – erst spät und nur über wenige Jahre (nach 1966) betrieben wurde (z.B. Abelshauser 1987, Allen 1989: 273ff., Dillard 1985). Berger (1997) hingegen sieht den Keynesianismus auch in Deutschland bereits frühzeitiger und langfristiger die wirtschaftstheoretische Debatte und wirtschaftspolitische Praxis beherrschen.

¹⁸ Die Änderungen und Ergänzungen sind nachzulesen in: BAK, B102/93258.

¹⁹ „Müller-Armack spricht von Konjunkturpolitik – das tat auch Erhard, das war damals allgemein üblich. Das damit gemeinte hatte indes nichts mit systematisch angelegter Konjunkturpolitik im Sinne der späteren ‚Antizyklus‘ zu tun, ... Was ordnungspolitisch zu erreichen ist, braucht nicht mit prozeßpolitischen Korrekturen verfolgt zu werden“ (Kloten 1996: 100).

teilen und folglich lässt sich auf Grundlage des Keynesianismus auch keine Systemalternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft herleiten. Frenzel (2004) bezeichnet dies als ‚policies within markets‘, das dem marxistischen ‚policies against markets‘ genauso entgegen gestellt werden kann wie dem neo- bzw. ordoliberalen ‚policies favouring markets‘. Genau in dieser intermediären Position des Keynesianismus freilich bestand lange Zeit sein Umsetzungsproblem in Deutschland: Das konservativ-liberale Politiklager in Westdeutschland hatte sich – nach ersten Wirrungen²⁰ – schnell den ordoliberalen Vorstellungen der ‚Freiburger Schule‘ von Walter Eucken, Franz Böhm und Werner Röpke angeschlossen, die unter dem Schlagwort ‚Soziale Marktwirtschaft‘ vor allem von Ludwig Erhard massiv vermarktet wurden²¹ und die frühe Entwicklung der jungen Bundesrepublik prägte. Die deutsche Sozialdemokratie tat sich noch lange Zeit nach der Rückkehr aus dem politischen Exil während der Nazi-Zeit schwer damit, die spätestens seit dem Erfurter Programm von 1891 bestehende Dichotomie zwischen einem pragmatischen, systemimmanenten Politikverständnis einerseits und einem marxistisch fundierten Sozialismusbild andererseits zu überwinden (vgl. Klotzbach 1982: 25). Zweifellos hatten führende Theoretiker der SPD während ihrer Exilzeit in London intellektuellen Zugang zur Theorie von John Maynard Keynes erhalten²² und auch frühe wirtschaftspolitische Aktionsprogramme tragen bereits eine ‚keynesianische Handschrift‘²³, doch blieb bis 1959 die Vorstellung in der SPD dominant, dass nur die Einschränkung von marktlichem Wettbewerb und der privateigentümlichen Verfügungsrechte über Produktionsmittel die selbstzerstörerischen Auswirkungen des Kapitalismus beseitigen könne. Damit freilich machte sich die SPD hochgradig angreifbar für Kollektivismusvorwürfe seitens des konservativ-liberalen politischen Gegners und sendete gleichzeitig höchst diffuse Signale aus – hier Markt erhaltender (korrigierender) Pragmatismus, dort Markt zersetzende (überwindende) Programmatik.²⁴ Es kann gemutmaßt werden, dass hierin die wesentlichen Gründe zu suchen sind, weshalb die größte, aus der Vor-Nazi-Zeit bekannte Partei, die darüber hinaus mit Kurt Schumacher über einen bekannten, populären und als integer erachteten Proponenten verfügte, vor dem Hintergrund einer mehrheitlich an sozialer Gerechtigkeit interessierten Wählerschaft in der direkten Nachkriegszeit keine politischen Mehrheiten organisieren, ja nicht einmal in Zeiten der Parteienpluralität im konservativ-liberalen Lager (bis 1953) stärkste Partei werden konnte²⁵.

²⁰ Als solche kann wohl das Ahlener Programm der CDU (im amerikanischen Sektor) von 1947 gelten, in dem dem Kapitalismus eine Absage erteilt und für einen christlichen Sozialismus plädiert wurde. Bereits 1948 wurden die Inhalte des Ahlener Programms allerdings durch die ‚Düsseldorfer Leitsätze‘ ordoliberaler Provenienz ersetzt (vgl. Grote 1978).

²¹ Vgl. dazu z.B. Fack (1996) oder Ptak (2004: 280ff).

²² Als besonders einflussreich muss hier Richard Löwenthal gesehen werden, der unter dem Pseudonym Paul Sering (1947) seine keynesianisch inspirierten Ideen ‚Jenseits des Keynesianismus‘ veröffentlichte; vgl. z.B. Held (1982: 184ff.).

²³ So das Aktionsprogramm beschlossen auf dem Parteitag 1952 in Dortmund und erweitert auf dem Berliner Parteitag 1954 – im Teil ‚Wirtschaftspolitik‘ findet sich bereits die Schillersche Leitregel ‚Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig‘; vgl. Dowe/Klotzbach (1984: 329), außerdem z.B. Miller (1975) und Held (1982: 235ff.).

²⁴ Eduard Heimann (1963: 190) schrieb dazu: „Der Widerwille gegen die üppig wuchernden Kontrollen der Hitler-, Kriegs- und Besatzungszeit legte einen radikalen Liberalismus nahe, um so mehr, als die sozialistische Opposition durch die Assoziation jeglicher Kontrollidee mit jenen unseligen Erinnerungen desorientiert war und nicht sogleich ein alternatives Programm zur Wahl stellen konnte.“

²⁵ Noelle-Neumann (1996: 626) beschreibt diese Entwicklung aus Sicht des politischen Gegners der Sozialdemokratie: „Da nun in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts in Deutschland der Zeitgeist sich links niedergelassen hat, so war es unvermeidlich, das Erhard ‚unzeitgemäß‘, ‚anachronistisch‘ schien, ein ‚Kämpfer gegen den Strom der Zeit‘, und vor diesem Hintergrund lässt sich erkennen, dass eine Durchsetzung seines Gedankens von der sozialen Marktwirtschaft wirklich einem Wunder gleichkam: einem Wirtschaftswunder in neuem Sinn.“ Auch dieses ‚Wunder‘ ließe sich zweifellos auf einem agenda-theoretischen Modellrahmen untersuchen, soll hier aber nicht weiter verfolgt werden.

Vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund der Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Dirigismus einer Kriegswirtschaft und den Anfängen einer sozialistischen Planwirtschaft in Ostdeutschland und dem verbreiteten Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach Rückzug in die politik- und staatsfreie Privatheit, war es für die konservativ-liberalen Parteien ein leichtes, jegliche Formen staatlicher Interventionen als ‚Kollektivismus‘, ‚Planung‘ bzw. ‚Planwirtschaft‘ zu denunzieren und gleichzeitig die mit dem nicht unumstrittenen Adjektiv ‚sozial‘ versehene eigene Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption mehrheitsfähig zu machen.²⁶ Sicher hat auch der scheinbare Erfolg der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ – als ‚deutschen Wirtschaftswunder‘ geradezu zum Gründungsmythos der jungen Bundesrepublik geworden –, dass die SPD in den ersten drei Bundestagswahlen bei etwa 30 Prozent stagnierte. Die entscheidende Wende kam 1959, als nach langem und kontroversen Diskussionsprozess das Godesberger Programm verabschiedet wurde, worin nicht nur (1) ‚marxistischer, ideologischer Ballast‘ (Carlo Schmid) abgeworfen und zugunsten einer zeitgemäßen Reinterpretation der sozialdemokratischen Werte ‚Solidarität, (soziale) Gerechtigkeit und Gleichheit‘ in Form von ‚Vollbeschäftigung(sversprechen), aktive und umverteilende Sozialpolitik und Mitbestimmung‘ konsistent innerhalb der marktwirtschaftlichen Systemgrenzen revidiert wurde. Mit dem Keynesianismus fand sich dabei eine glaubwürdige, seriöse wissenschaftliche Grundlage. (2) Statt einer marxistischen Klassenanalyse werden ‚Grundwerte und Grundforderungen‘ formuliert, „die auf unterschiedliche Weise religiös und philosophisch begründet werden können“ (Miller 1975: 37) und (3) schließlich öffnet sich die Partei von der mitgliederfixierten Klassen- bzw. Arbeiterpartei zu einer stärker wählerorientierten Volkspartei (vgl. Walter 2002: 191). Insbesondere die Bindungskraft im eigenen Wählerlager und bei Neu- und Jungwählern stieg tatsächlich spürbar an (vgl. Walter 2002: 186) – bei den beiden nächsten Bundestagswahlen 1961 und 1965 stieg der Wählerzuspruch um fast 3,5 Mio. Stimmen bzw. 7,5 Prozentpunkte –, dennoch brauchte es trotz des ebenfalls vorhandenen, äußerst beliebten und glaubwürdigen Personals (Brandt, Schiller) nochmals fast eine Dekade, bis die Sozialdemokratie zunächst als Juniorpartner, dann führend regierungs- und in Form des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes der Keynesianismus handlungsmächtig wurde. Im nächsten Abschnitt soll eine Erklärung hierfür geliefert werden; zunächst noch ein Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik bis Ende der 1960er Jahre.

Borchardt (1990) sieht mit der Konjunkturkrise der Jahreswende 1966/67 – die den Weg für die Kombination von Sozialdemokratie und Keynesianismus bahnen sollte – tatsächlich eine Zäsur in der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung: Einerseits beginne die Industriebeschäftigung dauerhaft zu sinken, womit sich der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft andeute, andererseits erreiche die Investitionstätigkeit ihren historischen Höhepunkt. Und die wirtschaftspolitische Zäsur liege in der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes und des fortan defizitären öffentlichen Haushalts. Betrachtet man hingegen mit Glastetter/Paulert/Spörel (1983: 47ff.) die Konjunkturzyklen der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung, so fällt deren Regelmäßigkeit auf: 1967 endet der vierte Zyklus, der sich in seinem Muster und seiner Dauer kaum von den davor liegenden Zyklen unterscheidet. Allerdings flacht sich der Wachstumstrend kontinuierlich ab, so dass der untere Konjunkturwendepunkt 1967 erstmals ein Nullwachstum erbringt, während es in den Abschwungphasen 1954, 1958 und 1963 immer noch Wachstumsraten zwischen 7,5% und 2,5% gegeben hatte. Dennoch dürfte, gerade gemessen an den von Borchardt genannten Indikatoren (Industriebeschäftigung, Investitionsquote, Haushaltssaldo), eine Zäsur, die einen

²⁶ Vor allem gelang es der CDU/CSU, das konservative Wählerlager zu monopolisieren: Waren im 1. Bundestag (1949 – 1953) noch fünf konservative Parteien vertreten, so hat ab 1961 die CDU/CSU quasi das Alleinvertretungsrecht.

wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel angebracht erscheinen lässt, besser Mitte oder gar Ende der 1970er Jahre (also mit den beiden Ölpreiskrisen) anzusetzen sein, als im Jahre 1966 (vgl. Lindlar 1997: 11).

4. ... im gesellschaftlichen Kontext

Wenngleich also die Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes am 08. Juni 1967 einerseits keineswegs als quasi funktional-automatische Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik gesehen werden kann, andererseits die ‚himmlische Verknüpfung‘ von Keynesianismus und Sozialdemokratie im Godesberger Programm von 1959 allein die SPD nicht strukturell mehrheitsfähig machte, dürfte – wie wir gleich argumentieren werden – sowohl die konjunkturelle Delle 1966/67 ebenso ein letzter Impuls für den Durchbruch des Keynesianismus als wirtschaftspolitisches Handlungsprogramm in der Bundesrepublik gewesen sein, wie seine konzeptionelle Adaption durch Karl Schiller in der SPD die ordoliberalen ‚soziale Marktwirtschaft‘ der CDU/CSU zunehmend unter Anpassungsdruck setzte: Bereits Anfang der 1960er Jahre wurden im Bundeswirtschaftsministerium unter Minister Ludwig Erhard und Staatssekretär Alfred Müller-Armack Überlegungen zu einer 2. Phase der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ angestellt, die den Schillerschen Keynesianismus kontern sollten und schließlich in Erhards ‚Formierter Gesellschaft‘ mündeten (vgl. Nützenadel 2005: 279ff., Hildebrand 1984: 162ff.). Im Gegensatz zu Schillers Keynesianismus hält Erhards Ordoliberalismus allerdings eine inhärente Krisenhaftigkeit der Marktwirtschaft für ausgeschlossen und deshalb eine um öffentliche Investitionen in ‚Gemeinschaftsaufgaben‘ (Infrastruktur, Bildung) und mit Maßhalteappellen angereicherte Preisstabilitäts- und Wettbewerbspolitik für ausreichend, um die Wachstumsentwicklung der jungen Bundesrepublik in die nächsten Dekaden zu verlängern. Besonders im ‚Krisenjahr‘ 1966 erscheint diese Realitätskonstruktion wenig überzeugend und die CDU/CSU im Allgemeinen und Ludwig Erhard als damaliger Bundeskanzler im Besonderen verlieren dramatisch an wirtschaftspolitischer Glaubwürdigkeit und Kompetenz.

Dass die SPD nun zunächst als Juniorpartner in der ‚Großen Koalition‘ (1966 – 1969) und dann als führende Kraft in der sozial-liberalen Koalition (1969 – 1982) gerade in wirtschaftspolitischen Frage handlungsmächtig wurde, lässt sich nicht allein durch die Existenz einer Politikalternative erklären, sondern ist einem komplexen Zusammenspiel gesellschaftlicher Entwicklungen geschuldet, das auf agenda-theoretischer Grundlage sichtbar gemacht werden kann:

- (1) Zur besseren Einordnung, Verarbeitung und Bewertung der vielfältigen Informationen über Entwicklungen in allen möglichen gesellschaftlichen Subsystemen bilden sich ‚Weltanschauungen‘ oder ‚Weltbilder‘ heraus²⁷, die in der Agenda-Theorie der metakulturellen Frametype III (vgl. 2.2) beschreibt: Waren die 1950er Jahre wesentlich durch die Dominanz individualistischer, staats-, planungs- und kollektivismusfeindlicher Vorstellungen geprägt, so wandelt sich im Laufe der 1960er Jahre die Konnotation, die staatlichen Interventionen in soziale und

²⁷ „Weltanschauungen bilden sich vor dem Hintergrund faktischen Nichtwissens heraus; erst durch den Versuch, die Unzulänglichkeit des verfügbaren Faktenwissens durch Postulate und Theorienbildung zu überbrücken, erhält die Weltanschauung ihre philosophische Begründung“ (Hecht 1996: 87). „... das ‚Ordnungsbild‘, das er von den großen, seiner unmittelbaren Erfahrung entzogenen gesellschaftlichen Zusammenhänge besitzt. Er kann sich diese große Welt, die nicht in den Erfahrungsschatz seines täglichen Lebens eingeht, nicht ohne die Hilfe anderer ansichtig und zu eigen machen. ..., mit Hilfe von Deutungsformeln zu ‚ordnen‘, die ihm von außen her angeboten werden“ (Kluth 1958: 7ff.)

wirtschaftliche Abläufe beigelegt werden: Verstärkt durch planungstheoretische Entwürfe aus den USA (Wieners Kybernetik, Tinbergens ‚Quantitative Wirtschaftspolitik‘) und staatliche Planungsversuche in Frankreich („Planification“) und den USA (Kennedys ‚New Economics‘), werden geplante staatliche Eingriffe in gesellschaftliche und ökonomische Abläufe plötzlich zum Kernelement modernen Politikmanagements: „Staatliche Intervention galt nun, ..., geradezu als Voraussetzung dafür, daß individuelle Freiheitsrechte wahrgenommen werden konnten“ (Metzler 2005: 17). Die Planung wirtschaftlicher Abläufe galt als ‚modern‘, ‚rational‘ und ‚langfristig orientiert‘. Die ausgesprochen positiven Konnotationen staatlicher Eingriffe²⁸ wurden insbesondere auch von den Massenmedien transportiert²⁹ – die Dominanz der ‚Planungseuphorie‘ in der zweiten Hälfte der 1960er zeigt sich u.a. in der ‚linken Kritik‘ der Studenten- und APO-Bewegung an der ‚technokratischen‘ Vereinnahmung des Individuums durch den ‚totalitären‘ Staat (vgl. Baring 1982: 81).

- (2) Metakulturelle Leitbilder bzw. herrschende Diskurse benötigen eine Unterfütterung im Sinne dominanter Handlungs- und Politikprogramme, die von den funktionalen Eliten – Wissenschaft, Verbände, Medien, Institutionen – bestimmt werden; in agenda-theoretischer Bezeichnung geht es also um den mikrokulturellen Frametype I. Für den berühmten Ausspruch ‚We are all Keynesians now‘ gab es gerade in Deutschland keine breite Grundlage, war doch die ordoliberal Dominanz der ‚Freiburger Schule‘ in der deutschen Wissenschaft – gerade auch nach der Vertreibung kritischer jüdischer Wirtschaftswissenschaftler in der Nazi-Zeit (vgl. z.B. Krohn 1997) – allzu stark. Diese Dominanz wurde in der akademischen Lehre und Forschung auch nie wirklich gebrochen, doch zeigte bereits die 1950er Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik („Die Problematik der Vollbeschäftigung“) in Bad Pyrmont, dass der Keynesianismus auch in Deutschland reflektiert wurde³⁰ – und mit Erich Schneider und Erich Preiser hatte er wichtige und einflussreiche Proponenten.

Von größerer Diskurskraft als die universitäre Lehrstuhlwissenschaft waren allerdings größere Forschungsinstitutionen und Beratungsgremien wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), der 1963 gegründete Sachverständigenrat (SVR) oder die Wissenschaftlichen Beiräte beim Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium, die – geprägt von der neueren amerikanischen wissenschaftlichen Diskussion um ‚keynesianische‘ Konjunktursteuerung und finanzpolitische Interventionen („fiscal policy“) – eine Politik favorisierten, die Karl Schiller später ‚Globalsteuerung‘ nennen sollte. Ob also die Mehrheit der deutschen Volkswirtschaftsprofessoren ‚Keynesianer‘ waren, lässt sich ernsthaft anzweifeln, aber die mediale Kraft der institutionellen Vertreter war so groß, dass sie den Diskurs ab Mitte der 1960er Jahre ‚keynesianisch‘ prägen konnten.³¹

²⁸ Walter (2002: 177) schreibt: „Planung war der Schlüsselbegriff der späten sechziger Jahre.“

²⁹ In der ZEIT etwa schreibt Wolfgang Krüger (1963): „Planung ist nicht nur möglich, sondern dringend erforderlich“ und selbst in der FAZ erscheinen Artikel unter Titeln wie ‚Planung ohne Planwirtschaft‘ (Schaufuss 1962).

³⁰ „Im allgemeinen schreibt man ja dieser Tagung die Funktion zu, für einen wissenschaftlichen Durchbruch der Keynesschen Lehre in Deutschland gesorgt (...) zu haben. ... Es ist durchaus strittig, wieweit dieser Einschätzung zuzustimmen ist (Ramser 1983: 12).

³¹ Die Beurteilung dieser Gremien als ‚keynesianisch‘ muss sich aus heutiger Sicht einigermaßen sonderbar ausmachen, wenn man die Gutachten und Veröffentlichungen der letzten beiden Dekaden und die Kritik daran (z.B. Hickel/Mattfeldt 1983; Meißner 1980) ließt – allerdings wird ausdrücklich betont, dass es eine ‚konservative‘ (ordoliberale bzw. angebotspolitische) Wende in den 1970er Jahren in der Politikberatung gegeben hat. Exemplarisch beschreibt das ordoliberale Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des

Die gesellschaftlichen Großorganisationen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände hatte verständlicherweise sehr unterschiedliche Vorstellungen von der Funktionsweise marktwirtschaftlicher Ökonomien: Die Gewerkschaften übernahmen – ähnlich der Sozialdemokratie – mit dem DGB-Grundsatzprogramm von 1963 weitgehend ein keynesianisches Ökonomieverständnis, das durch wirtschaftsdemokratische Elemente (Mitbestimmung) angereichert wurde und sie unterstützten folglich keynesianisches Demand Management im Sinne der Schillerschen Globalsteuerung nachhaltig (vgl. Netzband 1983). Die Arbeitgeberverbände hingegen standen dem Keynesianismus grundsätzlich skeptisch gegenüber, sahen darin ein Einfallstor für sozialistische Planwirtschaft und betonten die Systemwidrigkeit zum Selbstregulativ der Marktwirtschaft (vgl. Netzband 1983: 225ff.). Gleichwohl hielt sich ihr Widerstand gegen die Kodifizierung des Keynesianismus in Form des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes („superlex“) in engen Grenzen, wenn nicht sogar von anfänglicher Unterstützung gesprochen werden muss.³² Dies lässt sich wohl nur verstehen vor der fast schon panischen Reaktion breiter Bevölkerungskreise auf die einsetzende krisenhafte Entwicklung im Jahr 1966³³ und die zunehmende Verunsicherung hinsichtlich der Strahlkraft des marktwirtschaftlichen Systems vor dem Hintergrund scheinbarer wirtschaftlicher Aufholprozesse der sozialistischen Ökonomien Osteuropas im Allgemeinen und der DDR im Besonderen und den Studentenprotesten, die eine marxistische Systemtransformation einforderten (vgl. Nützenadel 2005: 187ff.; Metzler 2005: 286f.). In Anlehnung an Jan Tinbergens (1966: 48) Diktum, Wirtschaftssysteme hätten „bei einer möglichst gleichmäßigen Einkommensverteilung ... den Volkswohlstand zu maximieren“, schien die Überlegenheit des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nur glaubhaft, wenn vor allem krisen- und spannungsfreies Wachstum gesichert werden konnte, denn im Kriterium ‚möglichst gleichmäßige Einkommensverteilung‘ lag zweifellos die Domäne der sozialistischen Systemkonkurrenten.³⁴

Wie bereits erwähnt, hielt Adam Przeworski (1985) den Keynesianismus für ein ‚Geschenk des Himmels‘ für die Sozialdemokratie. Er meinte damit, dass der Keynesianismus versprach, die sozialdemokratischen Leitwerte ‚Gleichheit, (soziale) Gerechtigkeit und Solidarität‘ in moderner Interpretation auf wissenschaftlich gesicherter Grundlage verwirklichen zu können, ohne auf eine quasi endzeitliche Systemtransformation warten zu müssen. Die hier vorgestellte agenda-theoretische Grundlage macht nun deutlich, dass es weiterer ‚Geschenke des Himmels‘ – oder weniger pathetisch: positiver Rahmenbedingungen – bedurfte, um den

Finanzministeriums Günther Schmolders die keynesianische Orientierung seines Gremiums: „Ich stand zusammen mit den wenigen anderen Gegnern dieser leichtfertigen Finanzpolitik des Wohlfahrtsstaates fast allein; hatten noch Gerloff und Terhalle, die beiden ersten Vorsitzenden des Beirats, mir weitgehend zugestimmt, so blieb ich mit Stucken und Ritschl letztlich allein gegenüber der Front derer, die sich zu Fürsprechern dieser kurzfristigen und kurzsichtigen Heilslehre der Finanz- und Wirtschaftspolitik machten“ (Schmolders 1988: 128); vgl. u.a. Nützenadel (2005: 126f.).

³² Die paradigmatische Unvereinbarkeit des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes mit neo- bzw. ordoliberalen Grundsätzen wurde bewusst zu überspielen versucht: „Eine so verstandene Globalsteuerung ist Bestandteil des neoliberalen Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft“ (BAK 102/93259) schrieb die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in ihrer Stellungnahme.

³³ So schoss die Sorge um Arbeitslosigkeit von Platz 16 der ‚drängenden Probleme‘ im Januar 1966 auf Platz 1 im Februar 1967 (vgl. Schlenkuhn 1985: 456). Trotz des lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs der späten 1950er und 1960er Jahre war die Sorge um Entwicklungen wie am Ende der Weimarer Republik noch allgegenwärtig und das Vertrauen in die Marktkräfte leicht zu erschüttern (vgl. Metzler 2005: 316).

³⁴ Die Bedeutung der Systemkonkurrenz sollte nicht unterschätzt werden, denn sie reduzierte zweifellos ‚politische Barrieren der Vollbeschäftigungspolitik‘ (vgl. Kalecki 1943, Heise 2006), die später als Unvereinbarkeit von Gleichheit und Effizienz bekannt werden sollten.

Keynesianismus in Deutschland (kurzzeitig) in Gestalt des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes handlungsmächtig zu machen: Es passte sich gleichermaßen ideal in die herrschende Planungseuphorie und die daraus abgeleiteten Anforderungen an einen interventionistischen Staat einerseits und die medial transportierte Dominanz wirtschafts- und finanzpolitischer Handlungsprogramme andererseits ein, wie es vor allem in Karl Schiller und seiner erneuerten SPD inszenierungs- und kampagnefähige Promotoren hatte, die in der Lage waren, eingängige Formeln und Symbole wie ‚Aufschwung nach Maß‘, ‚soziale Symmetrie‘, ‚Globalsteuerung‘ oder ‚Politik der leichten Hand‘ zu prägen und fest mit der eigenen (Wirtschafts)Politik zu verknüpfen (vgl. Stoltenberg 1996: 200).

5. Sozialdemokratie und Keynesianismus, Keynesianismus und Sozialdemokratie

Bei der Wahl zum 5. deutschen Bundestag am 19. September 1965 erhielt die SPD 39,3% der Stimmen und fand sich trotz eines Zuwachses von 3,1 Prozentpunkten erneut in der Opposition wieder. Ludwig Erhards CDU/CSU hatte trotz des als misslungen angesehenen Wahlkampfes unter dem Slogan ‚Formierte Gesellschaft‘ 47,6% erhalten (+ 2,3 Prozentpunkte gegenüber 1961!) und konnte mit der FDP eine Koalitionsregierung stellen. Mit den sich Anfang des Jahres 1966 abzeichnenden konjunkturellen Krisentendenzen in der Bundesrepublik und der starren Verweigerung Erhards, konjunkturpolitisch einzugreifen, verlor der ‚Vater des Wirtschaftswunders‘ schlagartig an Vertrauen und wirtschaftspolitischer Kompetenzzuweisung³⁵ – die nun scheinbar konsequente Übernahme der wirtschaftspolitischen Verantwortung durch die SPD in Person des neuen Wirtschaftsministers Karl Schiller benötigte aber noch das Scheitern der CDU/CSU-FDP-Koalition im Herbst 1966. Erstaunlicherweise geht dieses Scheitern nun aber nicht etwa auf Unstimmigkeiten zwischen jenen zurück, die aktivere Interventionen befürworteten und jenen, die ordnungs- und wettbewerbspolitische Rigorosität vertraten, sondern auf Uneinigkeiten darüber, ob die im Zuge der krisenhaften Entwicklung ins Defizit geratenden öffentlichen Haushalte durch Steuererhöhungen (CDU/CSU) oder Ausgabenkürzungen (FDP) prozyklisch zu konsolidieren seien (Nützenadel 2005: 303f.). Dennoch dürfte die Absetzung Ludwig Erhards, der sich bis zuletzt gegen eine keynesianisch orientierte Politik und das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gewehrt hatte (vgl. Kloten 1996: 123), und die breite Zustimmung zum StabG auch durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür sprechen, dass die Zeit für keynesianisches ‚Demand Management‘ im Frühjahr 1967 gekommen war und durch die SPD und Karl Schillers Wirtschaftsministerium entschlossen umgesetzt wurde.

Andererseits besteht weitgehende Einigkeit unter Wirtschaftshistorikern, dass das Stabilisierungs- und Wachstumsgesetz nicht ernsthaft für die schnelle konjunkturelle Erholung und Rückkehr auf den stetigen Wachstumspfad bereits Ende 1967 verantwortlich gemacht werden kann – dafür sind einfach die Instanz- und Wirkungsverzögerungen geld- und finanzpolitischer Maßnahmen schlicht zu lang. Dennoch „entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass die wohldosierten Konjunkturspritzen des Staates die Wirtschaft wieder auf den Wachstumspfad zurückgeführt hätten. Das Wachstums- und Stabilitätsgesetz schien seine erste Bewährungsprobe bestanden zu haben, und kaum jemand zweifelte noch an den Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Globalsteuerung“ (Nützenadel 2005: 327). Eine breite und durchweg positive mediale Berichterstattung über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklungen verfestigte diesen Eindruck und verknüpfte ökonomische

³⁵ Dies wurde insbesondere deutlich durch die großen Verluste der CDU in der NRW-Landtagswahl vom 10. Juli 1966, in der Ludwig Erhard und seine Wirtschaftspolitik eine prominente Rolle gespielt hatte; vgl. Hildebrand (1984: 206).

Kompetenz und Vertrauen untrennbar mit Wirtschaftsminister Karl Schiller und seiner Sozialdemokratie, die zunehmend für modernes Regieren der Zukunft stand.

Die Bundestagswahl 1969 war von ökonomischen Themen geprägt und kann, ganz anders als die auf Bundeskanzler Willy Brandt zugeschnittene Wahl von 1972, vor allem als ‚Schiller-Wahl‘ verstanden werden.³⁶ Die überragende ökonomische Kompetenzzuweisung an die SPD, deren Grundlage das keynesianische Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, vor allem aber dessen scheinbar erfolgreiche Applikation in der Konjunkturkrise 1967 war, und die ihrerseits den sozialpolitischen Vorstellungen der SPD von ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Solidarität‘ das ökonomische Fundament lieferte, kann als Voraussetzung für die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der SPD angesehen werden, indem das Wählerpotentials des eigenen Lagers durch eine konsistente ‚Markenprägung‘ ausgeschöpft und neue Wähler (Jungwähler, mobile Wähler der Mitte) attrahiert werden konnten.³⁷ Es muss zwar spekulativ bleiben, aber es spricht viel (insbesondere die Erfahrungen der ersten Hälfte der 1960er Jahre) dafür, dass die SPD ohne den medial konstruierten Nachweis der Tauglichkeit ihrer keynesianischen Wirtschaftspolitik nicht mehrheitsfähig geworden wäre, ohne die oben beschriebenen Rahmenbedingungen (‚political constraints‘) hätte andererseits der Keynesianismus nicht zur ‚Magna Charta‘ der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik werden können. Mit der Veränderung dieser Rahmenbedingungen hat dann die SPD ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit und das bis heute gültige Stabilitäts- und Wachstumsgesetz seine realpolitische Handlungskraft wieder verloren.

³⁶ So standen im Wahlkampf Themen wie die Aufwertung der DM – also sehr spezielle ökonomische Fragestellungen, in denen der Wirtschaftsprofessor Schiller höchste Kompetenz und Glaubwürdigkeit genoss – im Zentrum der Auseinandersetzung.

³⁷ „Die neue Mittelschicht aber fand (...) schnell einen neuen Star: den Wirtschaftsminister und Sozialdemokraten Karl Schiller. Schiller holte die neue Mitte in das Wählerlager der SPD, erweiterte es dadurch und schuf so die wesentliche Voraussetzung für den Wechsel im Bonner Kanzleramt von Kiesinger zu Brandt“ (Walter 2002: 185).

Literatur

- Abelshauser, W.; Die Langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1966, Düsseldorf 1987
- Abelshauser, W.; Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004
- Allen, Chr.S.; The Underdevelopment of Keynesianism in the Federal Republic of Germany; in: Hall, P.A. (Hrsg.); The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations, Princeton 1989, S. 263 – 289
- Altmann, G.; Planung in der Marktwirtschaft? Zur Neuausrichtung der westdeutschen Wirtschaftspolitik durch das Stabilitätsgesetz von 1967; in: Haupt, H.-G., Requate, J. (Hrsg.); Aufbruch in die Zukunft, Göttingen 2004, S. 31 – 42
- Altvater, E., Hoffmann, J., Semmler, W.; Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Berlin 1979
- Ambrosius, G.; Das Wirtschaftssystem; in: Benz, W. (Hrsg.); Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd.2, Frankfurt 1989, S.
- BAK (Bundesarchiv Koblenz); B102 (Bundesministerium für Wirtschaft)/93258
- BAK; B 102/93259
- Baring, A.; Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982
- Berger, H.; Konjunkturpolitik im Wirtschaftswunder. Handlungsspielräume und Verhaltensmuster von Bundesbank und Regierung in den 1950er Jahren, Tübingen 1997
- Beyfuss, J.; 10 Jahre Stabilitätsgesetz. Erfolg und Kritik; in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.); Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, H. 6, 1977
- Borchardt, K.; Zäsuren der wirtschaftlichen Entwicklung; in: Broszat, M. (Hrsg.); Zäsuren nach 1945, München 1990, S. 21 – 33
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.); Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München 1998
- Dillard, D.; The Influence of Keynesian Thought on German Economic Policy; in: Wattel, H.L. (Hrsg.); The Policy Consequences of John Maynard Keynes, Armonk 1985, S. 116 – 127
- Dowe, D., Klotzbach, K.; Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1984
- Fack, F.U.; Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in den Medien; in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.); Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung, Bonn 1996, S. 629 - 638
- Frenzel, M.; Neue Wege der Sozialdemokratie – sozialliberaler Minimalkonsens oder christdemokratische Kopie? Eine Erwiderung auf Martin Seeleib-Kaiser; in: Politische Vierteljahresschrift, 44. Jg., H.1, 2003, S. 86 – 93
- Frey, B.S., Kirchgässner, G.; Demokratische Wirtschaftspolitik, München 2002
- Galbraith, J.K.; The exchange of favors in the market for commitments; in: Colander, D.C., Coats, A.W. (Hrsg.); The Spread of Economic Ideas, Cambridge 1989, S. 127 – 140
- Giersch, H., Schmieding, H., Paqué, K.-H.; The Fading Miracle: Four Decades of Market Economy in Germany, Cambridge 1992
- Glastetter, W., Paulert, R., Spörel, U.; Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 – 1980, Frankfurt 1983
- Görtemaker, M.; Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999
- Grote, K.; Das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze; in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.); Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands, Melle 1978, S. 21-28.
- Hall, P.A. (Hrsg.); The political power of economic ideas, Princeton 1989a

- Hall, P.A.; Conclusion: The Politics of Keynesian Ideas; in: Hall, P.A. (Hrsg.); The political power of economic ideas, Princeton 1989b, S. 361 – 391
- Hall, P.A.; Introduction; in: Hall, P.A. (Hrsg.); The political power of economic ideas, Princeton 1989c, S. 3 - 26
- Held, M.; Sozialdemokratie und Keynesianismus. Von der Weltwirtschaftskrise bis zum Godesberger Programm, Frankfurt 1982
- Heimann, E.; Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, Tübingen 1963
- Heise, A.; Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice und Agenda-Theorie; in: Berliner Debatte – Initial, 15. Jg., H.3, 2004, S. 69 – 85
- Heise, A.; Einführung in die Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Institutionen, Paradigmen, München 2005
- Hickel, R., Mattfeldt, H. (Hrsg.); Millionen Arbeitslose! Streitschrift gegen den Rat der Fünf Weisen. Eine Bilanz nach zwanzig Jahren, Reinbek b. Hamburg 1983
- Hildebrand, K.; Von Erhard zur Großen Koalition 1963 – 1969, Stuttgart 1984
- Hoffmann, J.; Die Krise des ‘Keynesianischen Staates’ – Ursachen des Scheiterns der sozialdemokratischen Politik in der Bundesrepublik Deutschland; in: Birk, M., Eggerstedt, H., Tegtmeier, A.P. (Hrsg.); Politik gegen die Krise, Marburg 1985, S. 19 – 38
- Kaltefleiter, W.; Zur Interdependenz von Wirtschaft und Politik; in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.); Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung, Bonn 1996, S. 313 – 330
- Keynes, J.M.; General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936
- Kesselman, M.; Sozialdemokratische Wirtschaftstheorie nach dem Ende des Keynesianismus; in: Borchert, J. et al. (Hrsg.); Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel, Opladen 1996, S. 135 – 168
- Kloten, N.; Makroökonomische Stabilisierungspolitik – Erhards Positionen und Vorbehalte; in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.); Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung, Bonn 1996, S. 99 - 129
- Krohn, C.-D.; Vertreibung und Akkulturation deutscher Wirtschaftswissenschaftler nach 1933 am Beispiel Adolph Lowes und der ‚University in Exile‘ an der New School for Social Research in New York; in: Hassler, M., Wertheimer, J. (Hrsg.); Der Exodus aus Nazideutschland und die Folgen, Tübingen 1997, S. 209 – 227
- Krüger, W.; Zu neuen Ufern. Politik der Mitte – auch in der Wirtschaftspolitik; in: Die ZEIT v. 01.11.1963
- Lindlar, L.; Das mißverstandene Wirtschaftswunder, Tübingen 1997
- Mattfeldt, H.; Keynes. Eine kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985
- Meissner, W.; Die Lehren der Fünf Weisen – Eine kritische Auseinandersetzung mit den Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Köln 1980
- Metzler, G.; Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005
- Miller, S.; Die SPD vor und nach Godesberg. Kleine Geschichte der SPD Bd. 2, Bonn 1975
- Netzband, K.-B.; Wirtschaftspolitische Strategien von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden; in: Netzband, K.-B., Ramser, H.-J., Timmermann, M. (Hrsg.); Der Keynesianismus, Bd. IV: Die beschäftigungspolitische Diskussion in der Wachstumsepoche der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1983, S. 101 - 296
- Noelle-Neumann, E.; Soziale Marktwirtschaft im Bewusstsein der Bevölkerung; in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.); Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung, Bonn 1996, S. 607 – 627
- Nützenadel, A.; Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949 – 1974, Göttingen 2005

- Oberender, P.; Der Einfluß ordnungstheoretischer Prinzipien Walter Euckens auf die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg: Eine ordnungspolitische Analyse; in: Ordo – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 40, 1989, S.
- Polster, W., Voy, K.; Von der politischen Regulierung zur Selbstregulierung der Märkte – Die Entwicklung von Wirtschafts- und Ordnungspolitik in der Bundesrepublik; in: Voy, K., Polster, W., Thomasberger, C. (Hrsg.); Marktwirtschaft und politische Regulierung, Marburg 1991, S. 169 – 226
- Przeworski, A.; Capitalism and Social Democracy, Cambridge 1985
- Ptak, R.; Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004
- Ramser, H.-J.; Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik; in: Bombach, G., Netzband, K.-B., Ramser, H.-J., Timmermann, M. (Hrsg.); Der Keynesianismus, Bd.IV: Die beschäftigungspolitische Diskussion in der Wachstumsepoche der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1983, S. 7 – 100
- Robinson, J.; Michal Kalecki: A Neglected Prophet; in: New York Review of Books, Vol. 23, Nr. 3, 1976, S. 28 - 30
- Ruck, M.; Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre; in: Schildt, A. u.a. (Hrsg.); Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 362 – 401
- Scharpf, F.W.; Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt 1987
- Schaufuss, J.; Planung ohne Planwirtschaft; in: FAZ v. 08.11.1962
- Schiller, K.; Der Ökonom und die Gesellschaft, Hamburg 1955
- Schlecht, O.; Macht und Ohnmacht der Ordnungspolitik. Eine Bilanz nach 40 Jahren sozialer Marktwirtschaft; in: Ordo – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 40, 1989, S.
- Schlenkuhn, B.; Konjunkturpolitik und Wahlen. Eine fallanalytische Langzeituntersuchung der konjunkturpolitischen Regierungsentscheidungen in 7 Wahlperioden (von 1949 – 1976), Bergisch-Gladbach 1985
- Schmölders, G.; Lebenserinnerungen. ‚Gut durchgekommen?‘, Berlin 1988
- Sering, P. (Rosenthal, Ph.); Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Lauf b. Nürnberg 1947
- Teichmann, U.; Wirtschaftspolitik, München 2001
- Tinbergen, J.; Die Rolle der Planungstechniken bei einer Annäherung der Strukturen in Ost und West; in: Boettcher, E. (Hrsg.); Wirtschaftsplanung im Ostblock. Beginn einer Liberalisierung?, Stuttgart 1966, S. 33 – 50
- Vesper, D.; Versäumnisse der Finanzpolitik. Zukunftsorientierung tut Not; in: Simmert, D.B. (Hrsg.); Wirtschaftspolitik – kontrovers, Köln 1980, S.
- Vester, M.; Das Fiasko der ‚Neuen Mitte‘; in: spw, H.5, 2005, S. 14 – 20
- Walter, F.; Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002
- Welsch, J.; Globalsteuerung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Analyse der Stabilisierungspolitik seit 1967, Köln 1980
- Zinn, K.-G.; Was regeneriert die Krise? In: Hoffmann, J. (Hrsg.); Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression, Hamburg 1983, S. 21 – 54

Bisher erschienene Arbeitspapiere

Nr. 1 Arne Heise: EMU, Coordinanted Macroeconomic Policies and a Boost to Employment in the European Union, September 2002

Nr. 2 Arne Heise: Makroökonomisches Economic Governance: Makro-Dialoge auf nationaler und EU-Ebene, Februar 2002

Nr. 3 Arne Heise: Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Mai 2003

Nr. 4 Arne Heise: Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte, Oktober 2003

Nr. 5 Arne Heise: Polit-ökonomische Betrachtung zur Sozialdemokratie. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie, November 2003

Nr. 6 Arvid Kaiser: Finanzielle Selbstbeteiligung in der Gesundheitsversorgung, Dezember 2003

Nr. 7 Arne Heise: Deutsche Finanzpolitik zwischen Wachstum und Konsolidierung, März 2004

Nr. 8 Leonhard Hajen: Steuerung über Preise erfordert Stewardship, April 2004

Nr. 9 Wulf Damkowski/ Anke Rösener: Good Governance auf der lokalen Ebene, Juni 2004

Nr. 10 Anke Rösner/ Wulf Damkowski: Gender Controlling in der Kommunalverwaltung, Juni 2004

Nr. 11 Arne Heise: The Economic Policies of German ‚Third Wayism‘ in the Light of Agenda Theory, October 2004

Nr. 12 Sybille Raasch: Antidiskriminierungsgesetze: Zum Umsetzungsstand der neuen EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in Deutschland, Dezember 2004

Nr. 13 Leonhard Hajen: Präventionsgesetz im Interessenkonflikt zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung, Dezember 2004

Nr. 14 Arne Heise: Limitations to Keynesian Demand Management through monetary policy – whither Cartesian policy control, December 2004

Nr. 15 Norman Paech: Die europäische Verfassung – Ein Schritt zur Demokratisierung der EU?, April 2005

Nr. 16 Arne Heise: Political Economy of Meritocracy, July 2005

Nr. 17 Arne Heise: Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, November 2005

Nr. 18 Arne Heise: Market constellations and macroeconomic policy-making: institutional impacts on economic performance, February 2006